

NACHRICHTEN

AfD in Saarbrücken gegen Rechtsruck

Saarbrücken. Im Richtungsstreit innerhalb der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat sich die Saarbrücker Stadtratsfraktion hinter den wirtschaftsliberalen Kurs des Parteivorsitzenden Bernd Lucke gestellt. Wie die Fraktion gestern mitteilte, unterzeichneten die drei Stadtverordneten die sogenannte „Deutschland Resolution“. Die Fraktion erteile damit dem national-konservativen Flügel innerhalb der AfD eine klare Absage, einen Rechtsruck in der Partei trage man nicht mit, sagte der Fraktionsvorsitzende Sven Wagner. Die „Deutschland Resolution“ ist eine Antwort auf die „Erfurter Resolution“, deren Verfasser die Anpassung der AfD an den „etablierten Politikbetrieb“ kritisieren und beklagen, dass sich die Partei von der Pegida-Bewegung „fern gehalten und in vorausweisendem Gehorsam sogar distanzieren“ habe. *red*

Weiterer Kandidat für Quierschieder Rathaus

Quierschied. Nach Lutz Maurer will nun ein weiterer parteiloser Kandidat am 31. Mai zur Wahl antreten und damit Quierschieds Bürgermeisterin Karin Lawall (SPD) beerben. Dirk Noll (37) absolvierte nach der Mittleren Reife eine Ausbildung als Koch. Ab 2011 arbeitete der Quierschieder als Justizvollzugsbeamter. Nach einem Dienstunfall war er zunächst Fahrer des damaligen Gesundheitsministers Georg Weisweiler. Im Anschluss daran war er im Landesamt für Vermessung, Geoinformation und Landentwicklung sowie im Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz tätig. *cor*

VCD beklagt fehlende Info über Zugausfälle

Saarbrücken. Wegen Gleisarbeiten zwischen Saarbrücken und St. Ingbert müssen sich Bahnreisende in der Zeit vom 27. März bis 20. April auf Änderungen einstellen. ICE, IC und viele Regionalexpress-Züge (RE 1) werden umgeleitet, Regionalbahnzüge von Saarbrücken nach Pirmasens (RB 68), nach Kaiserslautern (RB 70) und Homburg (RB 71) fallen zum Teil aus und werden durch Busse ersetzt. Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) kritisiert, dass die Bahn die Fahrgäste bisher unzureichend darüber informiert hat. Weder gebe es gedruckte Ersatzfahrplanhefte, noch Information an den Bahnhöfen oder in den Zügen. Der VCD fordert als Sofortmaßnahme, dass Zugbegleiter den Zügen Hinweise geben. *red*

Betrunkener rast über Hüttengelände

Dillingen. Ein betrunkener 39-Jähriger hat in der Nacht zum Sonntag mit seinem Wagen die Toreinfahrt zur Dillinger Hütte am Dillinger Krankenhaus durchbrochen. Mit dem Wagen fuhr er rund zwei Kilometer über das Werksgelände bis er sich schließlich mit zwei platten Reifen auf einem Bahngleis festfuhr. Als die Polizei den Mann fand, gab dieser an, er befinde sich auf einer „Einsatzfahrt“. Um welchen „Einsatz“ es sich dabei handele, konnte der stark alkoholisierte Mann den Polizisten aber nicht vermitteln. Bei einem Atemtest wurde bei dem Mann ein Blutalkoholwert von 2,43 Promille gemessen. *fre*

PRODUKTION DIESER SEITE:
U. KLOCKNER, F. RECH
OLIVER SCHWAMBACH

Millionen für den ländlichen Raum

Wie die Europäische Union bis 2020 vier saarländische Regionen unterstützt

Vier saarländische Regionen erhalten bis 2020 jeweils zwei Millionen Euro aus EU- und Landesmitteln. Das Besondere: In welche Projekte das Geld fließt, entscheiden nicht Beamte oder Politiker, sondern lokale Akteure.

Saarbrücken. Was haben der Wintringer Hof, der keltische Ringwall von Otzenhausen und das Jagdschloss Karlsbrunn gemeinsam? Sie sind für den ländlichen Raum durchaus bedeutend – und werden oder wurden deshalb von der EU gefördert. Allein im Saarland profitierten in den vergangenen Jahren 140 Einzelprojekte von Zuschüssen aus dem Topf des „Leader“-Programms (siehe Infokasten). Für die neue Förderperiode bis 2020 wählte eine Jury unter Leitung von Umweltminister Reinhold Jost (SPD) gestern vier Regionen aus, die jeweils zwei Millionen Euro erhalten. Ein Viertel des Geldes steuert das Land bei.

Jost sprach von einer „Chance zur Entwicklung des ländlichen Raumes“. Von dieser Chance profitieren künftig das St. Wendeler Land, der Landkreis Merzig-Wadern, die Region Warndt-Saargau und die Biosphäre Bliesgau. In den Gebieten haben sich jeweils lokale Aktionsgruppen (LAG) formiert, die nun über die Verwendung des Geldes entscheiden. Ihr gehören etwa Kreis, Gemeinden, Verbände, Vereine und Initiativen an. Die LAG mussten jeweils umfangreiche lokale Entwicklungsstrategien für ihr Gebiet erarbeiten. Dabei geht es zum Beispiel um die touristische Entwicklung, die Verbesserung der Infrastruktur, Bildungs- oder Geschichtsprojekte, Dorf-



Das Biosphärenreservat Bliesgau – hier der Ort Medelsheim – ist eines der vier Gebiete im Saarland, die sich über Geld aus Brüssel freuen können. FOTO: BONENBERGER

erneuerung, Klimaschutz oder die Vermarktung regionaler Produkte – alles immer mit dem Ziel, den ländlichen Raum lebendig zu halten.

Neu in der Runde der geförderten Regionen ist der Kreis Merzig-Wadern, dessen LAG nach Josts Ansicht durch „eine besondere Einbindung der jungen Generation“ glänzt. Landrätin Daniela Schlegel-Friedrich (CDU) sagte, man dürfe den demografischen Wandel nicht nur unter dem Aspekt betrachten, „wie es sich ältere Menschen in unserem Landkreis möglichst gemütlich machen können“, sondern auch, wie man junge Menschen im Kreis halte – und auch neue hinzugewinne. Bei der LAG Kulturlandschaftsini-

tiative St. Wendeler Land lobte die Jury, dass sie „die jüngsten Entwicklungen zum Nationalpark vorausschauend in die lokale Entwicklungsstrategie aufgenommen hat“. Die LAG Warndt-Saargau (bislang nur Warndt) habe „ihre Potenzial mit der Lage an der Grenze und ihrem industriell-kulturellen Erbe erkannt“. Bei der LAG Biosphärenreservat Bliesgau habe besonders die starke Bürgerbeteiligung beeindruckt.

Jury-Mitglied Prof. Olaf Kühne, der die Bewerbungen der vier Regionen begutachtet hatte, sagte: „Leader im Saarland hat national, wenn nicht sogar international, einen hervorragenden Ruf.“ Die Umsetzung sei beispielgebend. *kir*

AUF EINEN BLICK

Mit dem Leader-Programm unterstützt die Europäische Union seit 1991 innovative Projekte zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Voraussetzung ist, dass sich lokale Akteure wie Gemeinden, Vereine oder Initiativen zu lokalen Aktionsgruppen (LAG) zusammenschließen und gemeinsam eine lokale Entwicklungsstrategie (LES) erarbeiten. Auf Basis der LES entscheiden die LAG dann, welche Einzelprojekte gefördert werden. *red*

Bachmann will moderneres Mutterschutzgesetz

Saar-Familienministerin schreibt Berliner Amtskollegin Schwesig – „Beschäftigungsverbote hemmen Karrieren“

Das Mutterschutzgesetz von 1952 enthalte zu viele „Beschäftigungsverbote“ für Schwangere, die zu „signifikanten Karriereachteilen“ für die werdenden Mütter führten. Deshalb kämpft Ministerin Bachmann für Änderungen.

Saarbrücken. Monika Bachmann, 65, selbst Mutter einer Tochter, war zarte zwei Jahre alt, als das aktuelle Mutterschutzgesetz den Bundestag in Bonn passierte. „Angesichts der Tatsache, dass das 1952 ausgefertigte Mutterschutzgesetz die heutigen Umstände der betroffenen Frauen nicht mehr angemessen berücksichtigt, sehe ich dringenden Handlungsbedarf, um den Gesundheitsschutz und die Chan-

genleichheit der betroffenen Frauen adäquat gewährleisten zu können“, lautet ein Kernsatz in dem Schreiben der Saar-Familienministerin Bachmann (CDU) an ihre Amtskollegin im Bundeskabinett, Manuela Schwesig (SPD), das der SZ vorliegt. Wesentlichen Reformbedarf sieht Bachmann im Geltungsbereich des Gesetzes und bei den Beschäftigungsverboten. Diese Regelungen führten zu „signifikanten Karriereachteilen“ bei den Schwangeren, so die Christdemokratin. „Ich fordere Sie daher dringend auf, die notwendigen Reformmaßnahmen in Angriff zu neh-

men und zeitnah umzusetzen“, schreibt Bachmann an die „sehr geehrte Frau Bundesministerin“.

Im SZ-Gespräch betont die Saar-Familienministerin, dass das kleine Saarland nicht alleine einen solchen Reformvorstoß vortragen könne. Deshalb suche sie derzeit Mitstreiter unter ihren Länderkolleginnen und -kollegen und werde das Thema Mutterschutz bei der Familienminister-Konferenz am 21./22. Mai im Hotel Schloss Berg in Perl-Nennig ansprechen.

Es gehe konkret darum, Schülerinnen, Studentinnen und Praktikantinnen in den Geltungsbereich des Gesetzes mit einzube-

ziehen. Zudem solle die Verordnung zum Schutze der Mütter am Arbeitsplatz ins Gesetz übernommen werden.

Vor allem stört Bachmann, dass Arbeitgeber bisher zu oft Beschäftigungsverbote für schwangere Mitarbeiterinnen aussprechen. „Die Möglichkeit einer Umgestaltung des Arbeitsplatzes, eines Arbeitsplatzwechsels oder von Beschäftigungsbeschränkungen wird nur selten geprüft“, so die Ministerin. Da die Arbeitgeber den gezahlten Lohn der zur Schonung nach Hause geschickten Schwangeren per Umlage erstattet bekämen, stiegen diese staatlichen Umlagebeiträge durch mehr Beschäftigungsverbote an. *dik*



Monika Bachmann

Pauluhn gibt Bouillon Contra

SPD-Fraktionschef hält derzeit nichts von Vorschlägen zur Gemeindefusion

Verärgert hat SPD-Landtagsfraktionschef Stefan Pauluhn auf den Bouillon-Vorstoß zur freiwilligen Fusion von Kommunen reagiert. Es mache keinen Sinn, ständig neu über solche Fusionen zu spekulieren, sagte Pauluhn gestern.

Saarbrücken. Saar-Innenminister Klaus Bouillon (CDU) hat mit seiner Idee, dass Saar-Gemeinden freiwillig fusionieren, erneut einen Nerv des Koalitionspartners SPD getroffen. „Vor drei oder vier Wochen war auch eine freiwillige Fusion von drei Gemeinden im Saarland in der Diskussion“, sagte der SPD-Fraktionschef Stefan Pauluhn gestern im Landtag vor Journalisten. Es habe aber „keine fünf Minuten bis zu den ersten Dementis gedauert“, so Pauluhn. Die Diskussion über freiwillige Fusionen sei „abstrakt und aufgesetzt“, gab der Gersheimer dem Innenminister Contra. Er erlebe,

wenn es konkret werde, dass große Widerstände bestünden, „bei den gewählten Amtsträgern, aber auch in der Bevölkerung“. Pauluhn betonte, er komme aus einer der kleinsten Gemeinden im Saarland und die Leute wollten den politischen Willensbildungsprozess noch in ihrer Gemeinde stattfinden lassen. „Dem würde eine Fusion in Gänze entgegenstehen“, sagte Pauluhn, Ex-Ortsvorsteher von Gersheim-Walsheim und Ortsratsmitglied.

CDU-Fraktionschef Klaus Meiser sagte zurückhaltend, er halte es für „denkbar“, dass Initiativen für Gemeindefusionen kommen. „Tatsächlich ist das jetzt schon möglich“, sagte Meiser. Der Quierschieder sagte, er teile die Einschätzung Pauluhns, dass die Zeit für freiwillige Gemeindefusionen noch nicht reif sei, „nicht so ganz“. „Aber wir wollen nichts erzwingen“, betonte Meiser. *dik*

Linksfraktionschef Oskar Lafontaine beurteilte die Bildung größerer Gemeindefusionen „eher zurückhaltend“. Denn das Interesse am Mitwirken in der Demokratie gehe bereits jetzt schon zurück, wie die Wahlbeteiligung bei Wahlen auf kommunaler Ebene zeige. Als ehemaliger Saarbrücker OB und Ex-Ministerpräsident müsse er jedoch feststellen, dass im Saarland eine „Gutachteritis“ ausgebrochen sei. Lafontaine kritisierte die Ankündigung Bouillons, die Bertelsmann-Stiftung bei der Gemeindefusionen-Zusammenarbeit beauftragen zu wollen. „Wenn ich die Rechenzentren zusammenführen will, brauche ich nicht zehn Gutachter“, sagte Lafontaine.

Grünen-Fraktionschef Hubert Ulrich schlug den Einsatz von Mediatoren bei Fusionen vor, die Piratenfraktion befürwortete ebenso freiwillige Fusionen. *dik*

Rauswurf für CDU-General

Kultur bildet! Diese Erfahrung durfte kürzlich wieder Ex-Bildungsminister Klaus Kessler (63) machen. Der Vize-Chef der Grünen-Fraktion besuchte die Premiere von Kleists Tragödie „Penthesilea“ in der Alten Feuerwache in Saarbrücken. Bei dieser Gelegenheit gab es gratis einen Blitzkurs in Sachen Brandschutz. Neben Kessler saß der Dienst habende Feuerwehrmann im Theater, der den Politiker unter anderem über das Haltbarkeitsdatum von Feuerlöschern aufklärte. Ex-Lehrer Kessler hat die Lektion verstanden. Daheim angekommen, kontrollierte er umgehend den Feuerlöscher in seinem Eigenheim und musste feststellen, dass ein Austausch fällig ist.

Für politischen Anschauungsunterricht sorgten letzte Woche die CDU-Politikerin Ruth Meyer

Landtagsküche



Michael Jungmann

(49) und Michael Hilberer (35), Chef der Piraten-Fraktion. Bei den empfangen zwei vierte Klassen der Grundschule Oberlinxweiler im Landtag. Das Besondere an dieser Visite: Zwei Abgeordneten-Kinder waren unter den kleinen Gästen, die Parlament spielen durften. Meyers zehnjähriger Sohn ist in der einen Klasse und Hilberers gleichaltrige Tochter besucht die Parallelklasse. Versteht sich von selbst, dass Mutter Meyer und Vater Hilberer dem Nachwuchs in einer Fragestunde Rede und Antwort standen.

CDU-Generalsekretär Roland Theis ist derweil aus der CDU-Nachwuchsorganisation Junge Union, deren Landeschef er fünf Jahre war, geflogen. Der Rauswurf kam planmäßig. Theis hat mit seinem 35. Geburtstag die Altersgrenze überschritten.

Widerruf zum Thema Demo gegen Rechtsextreme

Saarbrücken. Am 2. Februar 2015 hat die SZ unter der Überschrift „Demo gegen Rechtsextreme am Schloss“ über einen Protest gegen den Neujahrsempfang der NPD im Saarbrücker Schloss berichtet. Den dritten Absatz dieses Artikels, in dem der EU-Abgeordnete Udo Voigt mit seiner „bereits vor Jahren geäußerten und heftig kritisierten These“ zitiert wird, wonach er „neben der offiziellen Zahl von insgesamt sechs Millionen ermordeter Juden“ nach wie vor auch „deutlich geringere Werte wie 800 000 und 147 000 für möglich“ halte, widerrufen wir hiermit.

Tatsächlich hat sich Voigt wie folgt geäußert: „Die alten Aussagen, die ich aus meiner Schulzeit kenne, waren sechs Millionen, wenn man von Auschwitz gesprochen hat. Der (Journalist) Fritjof Meier hat mal von 347 000 geschrieben. Jetzt bei diesem Gedenken am 27. Januar war ich überrascht zu vernehmen, dass man abends in den Tagesthemen von 1,1 Millionen gesprochen hat, die dort inhaftiert waren und 800 000, die umgekommen sein sollen. Es geistern so viele Zahlen rum, dass ich für mich keine Lösung habe“. Die Redaktion

Anzeige

Meine Einkaufswelt

Ihr SZ-Zeitungshalter!

Sorgt dafür, dass Ihr SZ-Exemplar in Form bleibt.

Artikelnummer: 200-115

6,00 €

Der Zeitungshalter ist im Pressezentrum in Saarbrücken, online unter www.sz-einkaufswelt.de sowie telefonisch unter 0681-5025222 erhältlich. Porto und Verpackung pro Bestellung: 5,95 €.

www.sz-einkaufswelt.de

Interessenten für Freiwilligendienste gesucht

Saarbrücken. Der Internationale Bund sucht junge Menschen ab 16 Jahren, die im Saarland an einem Freiwilligen Sozialen Jahr oder Bundesfreiwilligendienst im pädagogischen, kulturellen oder pflegerischen Bereich von August/September an interessiert sind. Es stehen noch Plätze für Quereinsteiger zur Verfügung. *red*

• Infos unter Tel.: (06 81) 99 19 19 22, per E-Mail: Freiwilligendienste-Saarbruecken@internationaler-bund.de